

## „Terror gegen das Hochschulwesen der DDR“?

### Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF) 1949 bis 1963<sup>1</sup>

Uwe Rohwedder

Zu Beginn des Jahres 1959 erschienen in mehreren Tageszeitungen der DDR Berichte über eine „raffiniert getarnte Westberliner Agenten- und Spionagezentrale“, deren Tätigkeit „speziell gegen das Hochschulwesen der DDR gerichtet“ sei. Finanziert und angeleitet vom „Bonner Spionageministerium“ – gemeint war damit das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) –, betreibe diese Einrichtung systematisch „Terror gegen das Hochschulwesen der DDR und gegen die FDJ“, verführe Studenten der DDR zu Agententätigkeiten und bespitzele Bürger der DDR hinsichtlich ihrer politischen Einstellung. Wörtlich hieß es beispielsweise in der (Ost-)Berliner Zeitung:

„In einer von der Studentenkommission des FDJ-Zentralrates herausgegebenen Dokumentation über diese Agentenorganisation – für deren Tätigkeit der ‚Verband (West-)deutscher Studenten‘ (VDS) seinen Namen hergibt –, wird mit detaillierten Berichten, Fotokopien und Fotografien das Gesamtdeutsche Referat als einer der über 80 Geheimdienste in Westberlin enthüllt. Hauptziel dieser Agentenorganisation ist der Terror gegen das Hochschulwesen der DDR und gegen die FDJ. Auf Grund zahlreicher authentischer Dokumente und Aussagen verhafteter Agenten ist erwiesen, daß das Gesamtdeutsche Referat des VDS eine vom Bonner Spionageministerium finanzierte Spionageagentur ist, die Studenten der DDR für Agententätigkeit mißbraucht und systematisch versucht, Zersetzungsbearbeitung im Hochschulwesen der DDR zu treiben. So bestätigte der von den Sicherheitsorganen der DDR festgenommene Agent Johannes Fasel, daß das Bonner Spionageministerium die Agentenzentrale finanzierte. Die Verbindung zu in der DDR stationierten Agenten wird durch Geheimzeichen und Codesysteme hergestellt. Der ehemalige Agent Junge erhielt vom ‚Gesamtdeutschen Referat‘ ein Verzeichnis von unterschiedlichen Kreuz-, Kreis- und Strichzeichen, mit deren Hilfe er Charakteristiken über bespitzelte Bürger der DDR hinsichtlich ihrer politischen Einstellung gab. Soweit ‚Treffe‘ in Westberlin stattfinden, werden sie nicht in der Agentenzentrale selbst, sondern in Cafés und Restaurants abgehalten.“<sup>2</sup>

Die Zeitungsberichte waren Teil einer breit angelegten Enthüllungskampagne, die die ebenfalls in Ost-Berlin erscheinende und vom Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ) herausgegebene Studentenzeitschrift *Forum* bereits im Herbst 1958 gestartet hatte und in loser Folge bis wenigstens in den Sommer 1960 hinein fortsetzte.<sup>3</sup> Zusätzlich wurde die bereits erwähnte „Dokumentation“ vom FDJ-Zentralrat in großer Auflage und reißerischer Aufmachung an Studentenverbände im In- und Ausland verteilt. Neben angeblichen Geheimdokumenten und anderen „Beweisen“ für die Agententätigkeit des Referats enthielt die 80 Seiten starke Broschüre diffamierende, steckbriefartige Porträts der

1 Der Aufsatz beruht auf Archivrecherchen und Interviews im Rahmen meiner 2010 abgeschlossenen und demnächst erscheinenden Dissertation zur Geschichte des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS). Die im Text zitierten Unterlagen des Gesamtdeutschen Referates bzw. Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF) lagern im Bundesarchiv Koblenz, Bestand B 166 Verband Deutscher Studentenschaften, sowie zu einem kleineren Teil im Bestand B 285 Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben/Gesamtdeutsches Institut.

2 Hier zit. nach: Berliner Zeitung vom 6. 2. 1959. Abschrift in B 166/1263.

3 „Das ‚Studentenamts‘ des Kalten Krieges“, *Forum* vom 11. 9. 1958; weitere Artikel in: B 285/929.

leitenden Mitarbeiter des Referates – darunter die späteren SPD-Politiker Dietrich Spangenberg und Carl-Heinz Evers – und schreckte auch nicht davor zurück, deren private Adressen und Telefonnummern zu veröffentlichen.<sup>4</sup>

Doch was verbarg sich hinter der angeblich neu entdeckten Spionagezentrale, was war dran an den erhobenen Vorwürfen, und warum erfolgte die Kampagne gerade jetzt? Denn immerhin bestanden sowohl der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) als auch sein Gesamtdeutsches Referat, gegen das sich die Angriffe richteten, zum Zeitpunkt der „Enthüllungen“ schon seit fast zehn Jahren. Der VDS als Dachverband der westdeutschen Allgemeinen Studentenausschüsse war im Januar 1949 – also noch vor der Gründung der beiden deutschen Staaten – in Marburg gegründet worden. Bereits im Vorfeld hatten sich die Beziehungen der Westausschüsse zu den Studentenräten der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wegen der zunehmenden politischen Verfolgungen an den dortigen Hochschulen dramatisch verschlechtert. Die als Reaktion auf diese Entwicklung im Herbst 1948 gegründete Freie Universität Berlin diente wiederum den zu diesem Zeitpunkt bereits kommunistisch dominierten Ost-Studentenräten als Vorwand, der Marburger Gründungsversammlung demonstrativ fernzubleiben. Mit der „Spalteruniversität“ wollten sie sich nicht an einen Tisch setzen. Nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen brach der VDS schließlich im Juli 1949 auf seiner 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz im bayerischen Seeshaupt alle offiziellen Kontakte zu den Ost-Studentenräten ab. Zugleich beschloß er die Gründung eines „Referates Ost“, das die Verbindung zu den ostdeutschen Kommilitonen auf informeller Ebene, das heißt unter Umgehung der Studentenräte aufrechterhalten sollte.<sup>5</sup>

#### *Gesamtdeutscher Brückenkopf des VDS*

Während der VDS seine Geschäftsstelle in der neuen Bundeshauptstadt Bonn aufschlug, nahm das Ost-Referat seine Arbeit von West-Berlin aus auf. Die Anfänge dieser Institution sind eng mit dem AStA der Freien Universität verflochten, zumal beide maßgeblich von Studenten getragen wurden, die die SBZ bzw. DDR aus politischen Gründen verlassen hatten. Zu einer klaren organisatorischen Trennung zwischen AStA und VDS-Referat kam es offenbar erst im Laufe des Jahres 1951.<sup>6</sup> Etwa zur selben Zeit wurde das Referat in „Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen“ (AGSF) umbenannt und der damalige AStA-Vorsitzende Dietrich Spangenberg zum Leiter ernannt.<sup>7</sup> Sein Stellvertreter und Geschäftsführer war von 1950 bis 1952 Carl-Heinz Evers, der wie Spangenberg später Karriere in der Berliner Politik machte und Senator unter Willy Brandt wurde.<sup>8</sup>

4 Gesamtdeutsches Referat für Schüler und Studenten. Eine Dokumentation, hrsg. von der Studentenkommission des Zentralrats der FDJ, o. O. o. J. Vgl. dazu die ausführliche Stellungnahme des Gesamtdeutschen Referates des VDS vom 15. 4. 1959, B 166/1263.

5 Vgl. Otto, Detlev E.: Studenten im geteilten Deutschland. Ein Bericht über die Beziehungen zwischen den Studentenschaften in Ost- und Westdeutschland 1945 bis 1958 (Schriften des Verbands Deutscher Studentenschaften 1). Bonn 1959, S. 15 ff., 36 ff. und 94 f. Dort ist auch der Wortlaut des Seeshaupter Beschlusses abgedruckt.

6 Schröder, Benjamin: Gegen Hitler und Ulbricht. Zum Selbstverständnis von Studierenden der Freien Universität, 1948–1968. In: Schröder, Benjamin/Staadt, Jochen (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR. Frankfurt am Main u. a. 2011, S. 165–189, hier S. 171.

7 Tätigkeitsberichte des Referats bzw. Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen von Oktober 1949 bis Januar 1951 sowie von April bis Juni 1951 (beide B 166/1257).

8 Evers war von 1963 bis 1970 Schulsenator in Berlin und 1969 Präsident der Kultusministerkonferenz, Spangenberg zunächst Chef der Berliner Senatskanzlei, kurzzeitig Innensenator, 1969 bis

Gemäß Beschluß der Seeshaupter VDS-Delegiertenkonferenz hatte das Referat bzw. Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen zunächst die Aufgabe zugewiesen bekommen, die Verbindung zu den Ost-Hochschulen aufrechtzuerhalten und die dortige Entwicklung zu verfolgen. In der Praxis befaßte es sich aber alsbald vor allem mit der Betreuung einer wachsenden Zahl politischer Flüchtlinge aus der SBZ bzw. DDR. Das AGSF half ihnen bei der Vermittlung von Studienplätzen in West-Berlin und der Bundesrepublik, aber auch bei der zunehmend schwieriger werdenden Anerkennung von Vor- und Zwischenzeugnissen aus der DDR. Allein zwischen April und September 1950 registrierte das AGSF 1 100 studentische „Ostzonenflüchtlinge“, von denen rund 400 von einer eigens eingerichteten Prüfungskommission als politische Flüchtlinge anerkannt wurden.<sup>9</sup> Nach Verabschiedung des Notaufnahmegesetzes wurde dieses Anerkennungsverfahren von staatlichen Stellen übernommen, die ihre Entscheidung jedoch in der Regel weiterhin auf Gutachten des AGSF stützten.<sup>10</sup> Bis zum Mauerbau im Jahre 1961 verließen insgesamt fast 35 000 Studienbewerber und Studenten die DDR. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stieg die Zahl der Flüchtlinge auf über 4 000 jährlich an; zuweilen floh fast ein Viertel eines gesamten DDR-Abiturjahrganges in den Westen.<sup>11</sup> Da die West-Berliner Hochschulen den Zustrom schon bald nicht mehr auffangen konnten, wurden die Flüchtlinge ab 1953 verstärkt in die Bundesrepublik vermittelt und dort vom 1954 gegründeten VDS-Sozialamt in Bonn betreut, so daß dieser Aufgabenbereich im AGSF allmählich an Bedeutung verlor. Dennoch diente das Berliner Amt bis zum Mauerbau für viele als erste Anlaufstelle im Westen.

Zur zweiten wichtigen Aufgabe des Amtes wurde alsbald die „direkte materielle Unterstützung aller in Not oder Bedrängnis geratener Professoren und Studenten“ mit Lebensmitteln, Medikamenten, Lehrbüchern und in besonders dringenden Fällen auch finanziellen Beihilfen. Zu diesem Zweck sammelte das AGSF im Laufe der Zeit die Anschriften von rund 30 000 Studenten und Professoren in der DDR, denen es „Zehntausende von Broschüren und Tausende von Büchern“ schickte, darunter zahlreiche in der DDR nicht mehr frei verfügbare Fachbücher. Finanziert wurden diese Hilfssendungen mit Hilfe einer „Solidaritätssammlung der deutschen Studentenschaft“, die auf Beschluß der 8. ordentlichen Delegiertenkonferenz (November 1950) jedes Semester an den dem VDS angehörenden Universitäten und Hochschulen durchgeführt wurde. Anfangs brachte sie jährlich etwa 10.000, später über 60.000 DM ein.<sup>12</sup> Wie die Solidaritätsgelder verwendet

---

1974 Chef des Bundespräsidialamtes unter Bundespräsident Heinemann sowie von 1974 bis 1982 Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

9 Tätigkeitsbericht Oktober 1949 bis Januar 1951, S. 1.

10 Zum Notaufnahmeverfahren vgl. Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 100). Düsseldorf 1994, S. 94–133, insbes. S. 118 ff. Auch für die Zuerkennung des Vertriebenen- bzw. Flüchtlingsstatus nach dem Bundesvertriebenengesetz sowie im Rahmen des Lastenausgleichs wurde das AGSF als Gutachter tätig. Vgl. u. a. Tätigkeitsbericht 1954/55 (B 166/1220) sowie Aufgabenbeschreibung in: VDS (Hrsg.): Handbuch der Studentenvertretung. Loseblattsammlung ca. 1954, Abt. II/2: „VDS Struktur und Aufgaben“, S. 1–3. (nachf. zit. als VDS-Handbuch).

11 Angaben der Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen, zit. in: Kalischer, Wolfgang (Hrsg.): Die Universität und ihre Studentenschaft. Universitas magistrorum et scholarium: Versuch einer Dokumentation aus Gesetzen, Erlassen, Beschlüssen, Reden, Schriften und Briefen. Essen 1967, S. 289, VDS-„Informationen aus der Studentenschaft“ Nr. 26/57 und 27/57 (Oktober 1957).

12 Angaben aus Glaszinski, Helmut: Studentenschaft im geteilten Deutschland. Ein dokumentarischer Bericht über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Studentenschaften Westdeutschlands/Westberlins und den Studentenschaften der sowj. bes. Zone von 1945 bis 1952. Vom VDS hrsg. hektogr. Manuskript ca. 1952, S. 74, sowie AGSF-Jahresbericht 1956/57, B 166/1253.

wurden, entschied ein eigens eingesetztes Kuratorium, dem unter Leitung des Rektors der Freien Universität Berlin mehrere Professoren und Studentenvertreter der Berliner Hochschulen sowie der jeweils amtierende 1. Vorsitzende des VDS angehörten.<sup>13</sup> In der Praxis wurde der Solidaritätsfonds jedoch mehr oder weniger vom AGSF selbst verwaltet.

Darüber hinaus registrierte das AGSF – ähnlich wie der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (UfJ) und zum Teil auch in Kooperation mit diesem – fortlaufend „alle ihm gemeldeten Fälle der Verhaftung von Professoren und Studenten der SBZ, soweit diese aus rein politischen Gründen des Widerstandes gegen das kommunistische System erfolgt sind“.<sup>14</sup> Mehr als 500 derartige Verhaftungen verzeichnete eine vom AGSF publizierte Denkschrift über „Namen und Schicksale der in der sowjetischen Besatzungszone verhafteten und verurteilten Professoren und Studenten“, die der Öffentlichkeit am 20. Juli 1951, dem Jahrestag des gescheiterten Stauffenberg-Attentats auf Hitler, vorgestellt wurde. Den äußeren Rahmen dafür bildete eine Gedenkfeier der Freien Universität für „Professoren und Studenten, die dem nationalsozialistischen und sowjetischen Terror zum Opfer“ gefallen waren. Als Redner kamen neben dem FU-Rektor von Kress auch der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter, ferner Herbert Wehner als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen sowie Inge Scholl, die jüngere Schwester der 1943 hingerichteten Widerstandskämpfer Hans und Sophie Scholl, zu Wort. Der Leiter des AGSF, Dietrich Spangenberg, sagte in seiner Ansprache, man habe das Datum „in voller Absicht“ gewählt, denn in einer Zeit, „in der rechtsradikale Gruppen Widerstandskämpfer gegen Hitler als gemeine Landesverräter bezeichnen“, käme es darauf an, „durch Betonung der Gleichartigkeit des Widerstandes gegen die nationalsozialistische und die stalinistische Willkür beide in ihrem verantwortungsvollen Kampf um die Freiheit zu ehren“.<sup>15</sup> Die ganz im damaligen Zeitgeist liegende Gleichsetzung von antifaschistischem und antikommunistischem Widerstand unterstrich eine am gleichen Tag in Bonn abgehaltene Pressekonferenz, in deren Rahmen der stellvertretende AGSF-Leiter Carl-Heinz Evers die Denkschrift dem damaligen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, überreichte. Dieser nahm sie im Namen der Bundesregierung „mit innerster Bewegung“ entgegen und ging dabei „mit besonderer Genugtuung“ auf die Symbolik des 20. Juli ein: „Meine Damen und Herren, weil ich zu den Männern des 20. Juli gehöre, weiß ich nicht zuletzt, was es heißt, einzustehen für unser Land, für unser Volk und unsere Freiheit. Ich weiß, was es heißt, Kameraden durch den rohen, ungesetzlichen Zugriff einer Diktatur zu verlieren, [...] was es heißt, in Gefängnisse geschleppt zu werden und dann zu verschwinden. Ich weiß, was es heißt, zum Zwecke der Zwangsarbeit deportiert zu werden, und ich weiß, was es heißt, gehängt und erschlagen zu werden, so wie es meinen Kameraden und Freunden vom 20. Juli ergangen ist. In ihren Untaten bleiben sich die Diktaturen, die diktatorischen Regime nach meinem Erkennen gleich.“<sup>16</sup> Auch für die Veröffentlichung der zweiten Auflage wählten die VDS-Verantwortlichen ein symbolträchtiges Datum, nämlich den neunten Jahrestag

13 AGSF-Aufgabenbeschreibung im VDS-Handbuch, vgl. Beschluß der 8. o. DK (VDS-Handbuch Nr. 23101).

14 Ebd. Zur Arbeit des UfJ vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen. 1949–1969. Frankfurt am Main u. a. 1994.

15 Sendemanuskript des RIAS Berlin mit den Reden von Spangenberg, Prof. von Kress, Inge Scholl, Herbert Wehner und Ernst Reuter, B 166/1219.

16 Protokoll der Pressekonferenz am 20. 7. 1951 in Bonn, dem VDS übersandt vom RIAS Berlin, B 166/1219.

der Hinrichtung der Geschwister Scholl am 22. Februar 1952.<sup>17</sup> Bis 1962 erlebte die Denkschrift noch drei weitere, jeweils ergänzte Auflagen. In ihrer letzten Fassung enthielt sie schließlich über 1 000 Namen.<sup>18</sup>

Doch das AGSF interessierte sich nicht allein für die politische Verfolgung in der DDR. Um das „Interesse und das Verständnis für die gesamtdeutsche Frage in den akademischen Kreisen der Bundesrepublik und des westlichen Auslandes zu stärken“, sah es das Amt darüber hinaus als seine Aufgabe an, den Kommilitonen im Westen „Kenntnis vom täglichen Geschehen an den Universitäten und Hochschulen der Sowjetzone“ zukommen zu lassen.<sup>19</sup> Zu diesem Zweck sammelte es „alle erreichbaren Informationen aus dem akademischen Bereich der Sowjetzone“, darunter alle „wichtigen Originaldokumente über die wissenschaftliche und politische Entwicklung innerhalb des sowjetzonalen Hochschulbereichs (Studienpläne, Hochschulbestimmungen, FDJ- und Verwaltungsanweisungen usw.)“ und veröffentlichte sie in einem eigenen Informationsdienst. Diese *Hochschul-Informationen*<sup>20</sup> hatten Mitte der fünfziger Jahre eine monatliche Auflage von 12 000 Exemplaren (zuzüglich einer englischsprachigen Ausgabe mit 1 500 Exemplaren) und wurden sämtlichen Studentenvertretungen und sonstigen Interessenten kostenlos zur Verfügung gestellt. Ein weiteres Produkt dieser Sammeltätigkeit ist eine damals öffentlich vielbeachtete Dokumentation über die „Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten“, die 1953 mit dem Stalin-Zitat „Stürmt die Festung Wissenschaft“ als Titel erschien.<sup>21</sup> Neben den Publikationen organisierte das Amt anfänglich Vortragsreisen durch westdeutsche Hochschulen, an deren Stelle ab Mitte der fünfziger Jahre einwöchige deutschlandpolitische Seminare in Berlin traten.<sup>22</sup>

Während sich die vorgenannten Aktivitäten im wesentlichen auf öffentlich zugängliche Informationen erstreckten und insofern zwar politisch brisant, aber rechtlich unbedenklich waren, begab sich das AGSF zumindest in Teilbereichen seiner Arbeit durchaus auch in den nachrichtendienstlichen Graubereich. Zum einen sah sich das Amt in den ersten Jahren, als man im Westen noch von einer baldigen Wiedervereinigung ausging, ganz bewußt als gesamtdeutscher „Brückenkopf“ des VDS. Mehrfach entwarf es Pläne für eine künftige „EntSEDifizierung“ der ostdeutschen Hochschulen.<sup>23</sup> Zum andern stellte das AGSF auf Anfrage westdeutscher Hochschulen politische „Unbedenklich-

17 Vorwort zur 2. Auflage. Vgl. auch die vom VDS zu diesem Anlaß hrsg. Dokumentation von Inge Scholl: *Die Weiße Rose*, Frankfurt am Main 1952, sowie zur politischen Symbolik allgemein: Schröder: *Gegen Hitler und Ulbricht*.

18 Bis 1955 unter dem Titel „Namen und Schicksale...“; die 5. und letzte vom VDS verantwortete Auflage 1962 trug den Titel: „Dokumentation des Terrors. Namen und Schicksale...“. Ein abermals erweiterter und überarbeiteter Reprint dieser letzten Ausgabe wurde in den 1990er Jahren vom Verband Ehemaliger Rostocker Studenten e. V. (VERS) publiziert.

19 Zit. nach VDS-Handbuch II/2, S. 2.

20 1949–63 hrsg. vom VDS, danach bis 1968 von der Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen.

21 Müller, Marianne/Müller, Egon Erwin: „... stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Hrsg. vom Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS. Berlin 1953. Vgl. auch die rund zehn Jahre später erschienene Dokumentation Quell, Hans-Martin: *Die „sozialistische“ Hochschule. Aspekte des Hochschulwesens der SBZ*. Berlin o. J. [1963].

22 Glaszinski S. 74. Grundlage für die Berlin-Seminare war das im Februar 1955 von der 25. o. DK in Freiburg beschlossene „Aktionsprogramm zur gesamtdeutschen Arbeit des VDS“, in: Otto S. 108–112.

23 Vgl. „Aufgaben des AGSF nach der Wiedervereinigung Deutschlands“, undatiert (vermutlich 1952, B 166/ 1257) sowie „Diskussionsvorschlag zur Wiederherstellung der Einheit im akademischen Bildungswesen“ (Juni 1954, B 166/1254).

keitserklärungen“ für Studienbewerber aus der DDR aus. Für diese Zwecke unterhielt es eine eigene Abteilung „Ermittlung und Abwehr“, die eine umfangreiche Kartei über „politisch verdächtige Hochschulangehörige“ führte und dabei zum Teil eng mit den Verfassungsschutzbehörden zusammenarbeitete.<sup>24</sup> Hintergrund für diese aus heutiger Sicht ungewöhnliche Kooperation war eine damals im Westen weitverbreitete Furcht vor kommunistischer „Infiltration“. Wie Spangenberg dazu im April 1951 vor der 3. VDS-Mitgliederversammlung in Hannover ausführte, sei die Arbeit dieser Abteilung „besonders mühsam und tritt nach außen gar nicht in Erscheinung“. Sie nehme aber sehr viel Zeit und Geduld in Anspruch, da hierfür zumeist Informationen aus den Heimatorten der Verdächtigen in der DDR beschafft werden müßten. Dies würde „durch die Tätigkeit des sowjetzonalen Sicherheitsdienstes sehr behindert“. Spangenberg betonte, es sei nicht der Zweck der Abteilung, „nach Gestapo-Art eine neue politische Überwachung aufzubauen. Wir würden uns aber selbst den Ast absägen, auf dem wir sitzen, wenn wir untätig der immer stärker werdenden Infiltration aus dem Osten zusehen würden.“ Die Abteilung Ermittlung des AGSF sei daher auch maßgeblich in die Überprüfung der Unbedenklichkeit politischer Flüchtlinge eingebunden, „denn auch auf diesem Wege versucht die SED ihre Agenten in die Bundesrepublik einzuschleusen“.<sup>25</sup>

Daß Spangenbergs Einschätzung nicht vollkommen aus der Luft gegriffen war, belegt der Fall Wolfgang Jaeger: Seit 1959 als IM „Günther“ in Diensten des Ministeriums für Staatssicherheit, übersiedelte Jaeger ein Jahr später in die Bundesrepublik. Mitte der 1960er Jahre war er mehrfach VDS-Delegierter sowie Mitglied und Vorsitzender im Haushalts- und Überprüfungsausschuß des Verbands. Im Jahre 1974 trat er auf Anweisung der Staatssicherheit in die Hamburger CDU ein und spionierte jahrelang Spitzenpolitiker aus, darunter zum Beispiel Volker Rühle. Erst 1995 wurde er enttarnt und später verurteilt.<sup>26</sup>

Inwieweit Überlegungen der AGSF-Leitung, die Abteilung Ermittlung direkt aus Mitteln des Bundesamts für Verfassungsschutz finanzieren zu lassen,<sup>27</sup> seinerzeit tatsächlich realisiert wurden, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich. Allerdings war eine solche direkte Anbindung aus Sicht der staatlichen Behörden gar nicht nötig, da das AGSF zu diesem Zeitpunkt bereits eng mit dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) kooperierte. Dieses wiederum arbeitete mit einer ganzen Reihe ähnlicher Organisationen zusammen, etwa den Ostbüros der Parteien, dem Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen oder der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Informationen, die es auf diesem Wege erhielt, reichte es großzügig an bundesdeutsche und alliierte Nachrichtendienste weiter.<sup>28</sup> Insofern geht man sicher nicht zu weit, wenn man das AGSF als einen zwar nicht unbedingt zentralen, aber doch unzweifelhaft dazu gehörenden Bestandteil des damals in Berlin tätigen Kalten-Kriegs-Netzwerkes charakterisiert. Der Umstand,

24 Tätigkeitsbericht des AGSF für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1951, S. 8 (B 166/1257). Bezeichnenderweise machte der Leiter dieser Abteilung, Werner Schmidt alias „Schuster“, später Karriere im Berliner Landesamt für Verfassungsschutz. Über eine ähnliche „Geheimkartei“ des BMG, die dort noch bis 1966 gepflegt und erst nach dem Amtsantritt Herbert Wehners vernichtet wurde, berichtet Kreuzberger, Stefan: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969 (Schriften des Bundesarchivs 69). Düsseldorf 2008, S. 440 ff. und 481.

25 Protokoll der 3. o. MV 1951 (B 166/4), S. 26.

26 Vgl. Geheimtinte im Schal. In: Der Spiegel 7/1996, S. 62–63, online: <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8885789.html>>.

27 Vgl. Protokoll der 3. o. MV (B 166/4), S. 26.

28 Kreuzberger: Kampf für die Einheit, S. 141 ff., 197 ff. und 441.

daß zumindest ein Teil der Mitarbeiter, darunter auch der spätere Leiter Hans-Martin Quell alias „Martin Vogel“, tatsächlich mit Decknamen operierte, unterstreicht diesen Eindruck. Auch wenn offen bleiben muß, ob diese Praxis vornehmlich aus „jugendlicher Abenteuerlust“<sup>29</sup> resultierte oder zum Schutz vor realer Verfolgung aus dem Osten<sup>30</sup> nötig war, wirft sie jedenfalls ein bezeichnendes Licht auf das damalige Selbstverständnis der Beteiligten.

### *Im Netzwerk des Kalten Krieges*

Obwohl ursprünglich als rein studentische Initiative entstanden und maßgeblich vom ehrenamtlichen Engagement vieler Studenten getragen, fand das Amt schnell das Interesse staatlicher Stellen. Als bald finanzierte es sich nahezu ausschließlich aus Fremdmitteln. Eine erste Spende in Höhe von rund 35.000 DM hatte der VDS Anfang 1950 von der amerikanischen *High Commission for Germany* (HICOG) erhalten, die nach Gründung der Bundesrepublik faktisch die Nachfolge der US-Militärregierung angetreten hatte.<sup>31</sup> Zwischen 1952 und 1955 beteiligte sich zudem eine mysteriöse US-„Stiftung zur Förderung eines vereinten und demokratischen Deutschland in einem geeinten Europa“ (*Foundation for a Unified and Democratic Germany in a United Europe*) mit jährlichen Beträgen von knapp 30.000 DM am Unterhalt des AGSF. Nach eigener Darstellung war diese Stiftung 1951 von Nachfahren deutscher Auswanderer gegründet worden, um „deutsche Organisationen in ihrer Arbeit für die Stärkung der deutschen Demokratie zu unterstützen“ und „freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen freien Völkern Europas herzustellen“.<sup>32</sup> Angeblich das Werk engagierter Privatpersonen, stellte sich später jedoch heraus, daß die Stiftung in Wahrheit – wie seinerzeit eine Reihe ähnlicher Organisationen – maßgeblich von der CIA finanziert wurde, um den befürchteten politisch-ideologischen Einfluß der Sowjetunion in Europa zurückzudrängen.<sup>33</sup> Im Oktober 1955 stellte die „Foundation“ ihre Unterstützung wieder ein, ohne daß aus den Unterlagen des VDS ein Grund hierfür ersichtlich wäre.<sup>34</sup> Der plötzliche Rückzug der

29 So beispielsweise Gisela Spangenberg gegenüber dem Autor, ähnlich auch Dieter Meichsner in seinem 1954 erschienenen Schlüsselroman „Die Studenten von Berlin“, vgl. auch *Der Spiegel* 18/1954, S. 26 f., online: <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-28956072.html>>.

30 Daß diese Sorge keineswegs unberechtigt war, zeigt die Entführung des UfJ-Mitarbeiters Walter Linse durch das DDR-MfS im Juli 1952. Bereits im Herbst 1951 waren im Zuge der „Affäre Walter“ rund 250 Mitglieder der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ verhaftet und vor sowjetischen Militärtribunalen angeklagt worden. U. a. ergingen 70 Todesurteile, von denen bis zu 46 vollstreckt wurden. Vgl. Heitzer, Enrico: „Affäre Walter“. Die vergessene Verhaftungswelle. Berlin 2008, S. 143–146.

31 Bericht des Vorsitzenden Schwartländer vor der 2. MV, Protokoll S. 6 (B 166/ 4). Später finanzierte HICOG außerdem dauerhaft eine kleinere englischsprachige Auflage der vom AGSF herausgegebenen *Hochschul-Informationen*. Vermerk Spangenberg vom 29. 1. 1953, B 166/1260.

32 Selbstdarstellungs-Faltblatt der Stiftung in B 166/1260, Aktennotiz über den Besuch Mr. Connells im AGSF sowie Gisela Spangenberg gegenüber dem Verfasser.

33 Für diese Verbindung spricht auch, daß sowohl der Vorsitzende der Stiftung, James K. Pollock, im Hauptberuf Politikprofessor an der University of Michigan in Ann Arbor, als auch der Leiter ihres deutschen Verbindungsbüros in Königswinter bei Bonn, Gilbert A. Harrison, später langjähriger Herausgeber des renommierten US-Politikmagazins *The New Republic*, beide nach Kriegsende in hochrangigen Funktionen für die amerikanische Militärregierung in Deutschland tätig gewesen waren. Zum politischen Hintergrund der CIA-Finanzierung vgl. Paget, Karen: From Stockholm to Leiden. The CIA's Role in the Formation of the International Student Conference. In: *Intelligence and National Security* 18 (2003), S. 134–167; Kotek, Joël: Students and the Cold War. New York 1996, sowie Creuzberger: Kampf für die Einheit, S. 141 ff. und 197 ff.

34 Protokoll der 28. VDS-DK vom 3.–5. 11. 1955 in Göttingen, B 166/8. Vgl. FDJ-„Dokumentation“, S. 11.

Amerikaner dürfte jedoch dem Umstand geschuldet gewesen sein, daß sich auch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) seit etwa 1951 in steigendem Maße finanziell im AGSF engagierte. Das Ministerium verfügte vor allem in der Aufbauphase kaum über eigenes Personal und stützte sich daher in seiner Arbeit „auf eine Vielzahl privater Vereine und Verbände“, die es „im Sinne einer ‚grauen Verwaltung‘ an sich band, finanziell förderte oder als verdeckte, privatrechtlich quasi nachgeordnete Ministerialabteilung führte“. Diese „privaten Apparate des Kalten Krieges“ (Creuzberger), zu denen unter anderem auch die Ostbüros von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen gehörten, waren vielfach auf eigene Initiative entstanden, zum Teil aber auch eigens vom BMG oder einschlägigen US-Stellen gegründet worden. Mitte der fünfziger Jahre ging das Ministerium dazu über, die von ihm mitfinanzierten Organisationen enger an sich zu binden, indem es sie schrittweise von allen konkurrierenden, vornehmlich US-amerikanischen Finanzquellen abschnitt.<sup>35</sup> Seitdem beliefen sich die jährlichen Zuwendungen des Ministeriums an das AGSF auf rund 100.000 DM. Zum Vergleich: die Ostbüros von CDU und SPD erhielten damals jeweils rund 140.000 DM, das der FDP etwa 70.000 DM.<sup>36</sup> Nach dem Ausstieg der „Foundation“ stieg der Anteil des BMG an der Finanzierung des AGSF damit auf nahezu 95 Prozent. Allerdings war diese Unterstützung keineswegs geheim, wie die eingangs zitierte FDJ-Kampagne unterstellte. Zwar tauchten die BMG-Gelder zumeist nicht in den regulären Haushaltsplänen des VDS auf, welche lediglich den jährlichen Zuschuß des Verbandes an seine Berliner Außenstelle auswiesen. Jedoch wurden die mit dem Ministerium ausgehandelten AGSF-Etats vom Vorstand zumindest der VDS-Delegiertenkonferenz zur Kenntnis gegeben und mit dieser abgestimmt.<sup>37</sup>

Dank der großzügigen Unterstützung verfügte das AGSF bald nach seiner Gründung über eine stattliche Mitarbeiterzahl, die jene der Bonner VDS-Zentrale deutlich übertraf. Anfang 1953 bezifferte Spangenberg deren Anzahl auf 19, von denen freilich nur er selbst und drei Sekretärinnen fest angestellt, der Rest hingegen als „freie Mitarbeiter“ gegen Aufwandsentschädigung tätig waren. Im Jahre 1955 war die Zahl der festangestellten Mitarbeiter bereits auf zwölf angewachsen. Hinzu kamen noch einmal rund 100 Kuriere, die ihren Wohnsitz in der DDR hatten und das Amt von dort aus auf zum Teil abenteuerlichen Wegen regelmäßig mit Informationen versorgten.<sup>38</sup>

### *Der „Fall Hofmann“*

Wie gefährlich die Arbeit insbesondere der DDR-Kuriere mitunter war, beleuchtet schlaglichtartig der „Fall Hofmann“ aus dem Jahre 1952. Namensgebend im Zentrum der Affäre stand der FU-Student Hans Hofmann, der bis 1949 in Leipzig studiert hatte

35 Creuzberger: Kampf für die Einheit, S. 141, 489. 1952 unterhielt das BMG laut eigener Erhebung Kontakte zu rund 400 solcher Organisationen, die in Bonner Beamtenkreisen in Anspielung auf den langjährigen Staatssekretär im BMG auch als „Thediecks Kinder“ (S. 141) bespöttelt wurden.

36 Diverse AGSF-Haushaltsvoranschläge in B 166/1224 und 1263. Angaben zu den Ostbüros nach Creuzberger: Kampf für die Einheit, S. 192.

37 Dort sorgte die hohe „Staatsquote“ übrigens in der Tat wiederholt für Diskussionen, da manche Delegierte die Unabhängigkeit des Verbandes in Gefahr sahen. Allerdings waren sie in ihrer Mehrheit auch nicht bereit, zur Behebung des Mißstands mehr eigene (Beitrags-)Mittel für das AGSF bereitzustellen.

38 Aktennotiz über Besuch Mr. Connells im AGSF am 29. 1. 1953, B 166/1260; AGSF-Haushaltsvoranschlag für 1955/56, B 166/1224.

und dort auch in der Ost-CDU aktiv gewesen war.<sup>39</sup> Nach seiner Flucht nach West-Berlin arbeitete er als SBZ-Fachmann bei der Studentenzeitschrift *Colloquium*, wo er die in der DDR lebenden Informanten und Kuriere der Zeitung koordinierte. Außerdem gehörte er dem Konvent, dem damaligen Studentenparlament der Freien Universität, an. Obwohl Hofmann nach Darstellung Spangenberg nicht unmittelbar für das AGSF arbeitete, übergab er gelegentlich „mitgebrachte Informationen dem zuständigen Sachbearbeiter des Amtes [...], damit sie von diesem als Bestätigung von Meldungen des eigenen Informationsapparates verwendet werden konnten“. Im Gegenzug erhielt Hofmann aus dem vom AGSF verwalteten Solidaritätsfonds „Zuwendungen an Fachbüchern, Lebensmitteln und Medikamenten, die er gegen Quittung an ihm bekannte Studenten der Sowjetzone weiterleitete“. Im Übrigen seien aber die Informantennetze von AGSF und *Colloquium* grundsätzlich getrennt voneinander gewesen, so Spangenberg weiter. Im Gegensatz dazu war der Herausgeber der Zeitschrift, Otto Hess, davon überzeugt, daß „nahezu alle unsere Kuriere von Hofmann in der einen oder anderen Weise mit dem Amt in Verbindung gebracht wurden“.

Ende Februar 1952 wurde Hofmann bei einem privaten Besuch in Ost-Berlin verhaftet und in Karlshorst von Angehörigen des sowjetischen Geheimdienstes verhört. Nachdem er eine Spitzelverpflichtung unterschrieben hatte, wurde er wieder freigelassen. Einige Tage nach seiner Rückkehr in den Westsektor wandte er sich an Spangenberg und Evers, denen er sowohl von seiner Verhaftung als auch von der Verpflichtungserklärung berichtete. Allerdings machte er dabei offenbar nur ungenaue Angaben darüber, ob und in welchem Ausmaß er im Verlauf der Verhöre andere DDR-Studenten belastet hatte, die mit dem Amt oder dem *Colloquium* in Verbindung standen. Spangenberg und Evers, die aufgrund dieser Angaben zunächst keine akute Gefährdung sahen, informierten wiederum Otto Hess nur unvollständig, indem sie ihm zwar den Sachverhalt schilderten, Hofmanns Namen jedoch nicht nannten. Spangenberg gab später an, man habe Hess vor „übereilten Schritten“, etwa einer sofortigen Entlassung Hofmanns, abhalten wollen, da „eine solche Reaktion [...] sich ungünstig auf das weitere Verfahren, insbesondere auf Hofmanns Stellung gegenüber dem sowjetischen Geheimdienst ausgewirkt“ hätte. Mit der gleichen Begründung hatten Spangenberg und Evers Hofmann zunächst auch dazu geraten, weiterhin zu den verabredeten Treffen mit den Sowjets zu gehen. Erst rund vier Wochen später, nachdem ihnen inzwischen erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit Hofmanns gekommen waren, weihten sie Hess umfassend ein. Zugleich veranlaßten sie eine Warnung an die ihnen bekannten DDR-Studenten, die von Hofmann offenbar doch schwerer belastet worden waren als dieser zunächst zugegeben hatte. Die Warnung erreichte jedoch nur noch einen Teil der Betroffenen rechtzeitig, so daß sie sich nach West-Berlin absetzen konnten. Mindestens neun Studenten wurden Ende März in Jena, Leipzig und Dresden verhaftet, ebenso die in Leipzig lebenden Eltern Hofmanns.

In der Folge dieser Affäre, deren Einzelheiten sich aus den wenigen überlieferten Dokumenten nicht mehr zweifelsfrei ermitteln lassen, kam es zu heftigen gegenseitigen Vorwürfen zwischen Hess und dem AGSF. Hess zeigte sich verbittert darüber, von Evers und Spangenberg viel zu lange über Hofmanns Identität im Unklaren gelassen worden zu sein, und machte die Hinhaltetaktik des Amtes für die erfolgten Verhaftungen verantwortlich. Im Gegenzug warf Spangenberg dem *Colloquium*-Herausgeber vor, seine Informanten nicht hinreichend geschützt zu haben. So sei es „in grober Weise verant-

<sup>39</sup> Diese und nachfolgende Angaben stammen aus zwei maschinenschriftlichen Berichten des AGSF-Leiters Spangenberg vom 7. April 1952 sowie des *Colloquium*-Herausgebers Otto Hess vom 23. April 1952, beide B 166/1257.

wortungslos, dass sich fast alle illegalen Mitarbeiter des ‚Colloquium‘ untereinander kannten“, regelmäßig an „drei hintereinander liegenden Tagen des Monats in das Haus des ‚Colloquium‘“ kamen und sogar eine gemeinsame Weihnachtsfeier veranstalteten. Die Hauptverantwortung treffe indessen Hofmann selbst, weil er fahrlässigerweise „als Kopf des illegalen ‚Colloquium‘-Apparates überhaupt den Sowjetsektor betrat“. Nach seiner Verhaftung habe er die zuständigen westlichen Stellen zu spät und unvollständig informiert und zudem auch noch illegale Mitarbeiter im Colloquium empfangen und ungewarnt wieder in die DDR zurückgeschickt.

Während Hofmann der West-Berliner Staatsanwaltschaft übergeben wurde,<sup>40</sup> hatte die Affäre für das AGSF noch ein weiteres Nachspiel. Der Konvent der Freien Universität, dem Hofmann als gewähltes Mitglied angehört hatte, nahm sich des Vorgangs an und beauftragte den AStA, sich beim VDS-Vorstand für eine Untersuchung der Arbeitsweise des Amtes und der Verantwortlichkeit der in den Fall verwickelten Mitarbeiter einzusetzen. Der VDS-Vorstand wurde aufgefordert, „aus dem Ergebnis der Untersuchungen die notwendigen Konsequenzen“ zu ziehen. Bis zum Abschluß der Untersuchungen lehnte der Konvent „jede Zusammenarbeit mit dem AGSF ab, da [er] die Verfahrensweise des Amtes in der Angelegenheit Hofmann nicht billigen kann“.<sup>41</sup> Die geforderte Untersuchung fand am 16. Juni 1952 im Beisein des VDS-Vorsitzenden Johannes Reinhold und seines Finanzreferenten Wolfgang Bente statt. Neben Spangenberg, Evers und Hess nahmen außerdem Reinholds Amtsvorgänger Horst Rögner-Francke (der zu den Mitgründern der Freien Universität zählte und den Aufbau des AGSF von Anfang an aktiv unterstützt hatte) sowie mehrere Konvents- und AStA-Mitglieder der Freien Universität teil. Im Verlauf der Sitzung tauschten die Beteiligten erneut die bekannten Standpunkte und Vorwürfe aus, wobei sich die Kritik zunehmend auf den offenbar zuweilen etwas undiplomatisch und eigensinnig auftretenden Evers konzentrierte. Am Ende warf dieser entnervt das Handtuch und erklärte gegenüber VDS-Chef Reinhold seine Kündigung zum 30. September des Jahres.<sup>42</sup> Reinhold nahm die Kündigung an, ließ aber zugleich erklären, die Untersuchung habe gezeigt, „dass alle Beteiligten sich der Verantwortung ihrer Arbeit bewusst gewesen sind und in gutem Glauben entsprechend gehandelt haben“. Zwar seien „Versäumnisse festgestellt worden, deren Ursache in der mangelnden Zusammenarbeit und im mangelnden Vertrauen aller beteiligten Stellen liegt“. Es sei jedoch nicht nachzuweisen gewesen, daß „durch diese Versäumnisse die Freiheit einzelner Kommilitonen aufs Spiel gesetzt worden“ sei.<sup>43</sup> Um jedoch für die Zukunft eine bessere Kontrolle und Koordinierung zu gewährleisten, übernahm der 1. Vorsitzende des VDS fortan selbst die Leitung des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen und somit auch die persönliche Verantwortung für dessen Arbeit. Der bisherige Amtsleiter Spangenberg wurde zum „geschäftsführenden Leiter“ und ständigen Vertreter des VDS-Vorsitzenden im Amt ernannt, was einer faktischen Degradierung gleichkam; auch bedurften Personalentscheidungen im AGSF fortan der Zustimmung des 1. Vorsitzenden.<sup>44</sup> Der bisherige

40 Hofmanns weiteres Schicksal ist aus den VDS- bzw. AGSF-Unterlagen nicht ersichtlich. Es spricht aber einiges dafür, daß er in West-Berlin zu einer längeren Haftstrafe verurteilt wurde. So berichtete z. B. Dieter Meichsner, der die Affäre in seinem bereits erwähnten Schlüsselroman „Die Studenten von Berlin“ verarbeitete, seinerzeit dem Spiegel, er habe den „unter Druck weichgewordenen Kurier des VDS [...] in einem westlichen Gefängnis“ besucht. Der Spiegel 18/1954, S. 26 f., online: <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-28956072.html>>.

41 Brief des AStA der FU an den Vorstand des VDS vom 10. Juni 1952, B 166/1257.

42 Kündigungsschreiben Evers' an Reinhold vom 22. Juli 1952, B 166/1257.

43 Erklärung des Vorstandes vom 17. Juni 1952 in B 166/1257.

44 Erklärung des Vorstandes vom 17. 6. 1952; Schriftwechsel über vorläufigen Dienstvertrag für Spangenberg als Geschäftsführer nach Evers' Ausscheiden in B 166/1260.

Geschäftsführer Evers schied aus dem Amt aus, erklärte jedoch seine Bereitschaft, bei Bedarf auch weiterhin als Sachverständiger zur Verfügung zu stehen.<sup>45</sup> Erst sehr viel später räumte Evers in seinen Memoiren selbstkritisch ein, möglicherweise „absichtslos“ und zumindest „mittelbar zur Gefährdung von Personen beigetragen“ zu haben.<sup>46</sup>

Spangenberg seinerseits war nach dem „Fall Hofmann“ darum bemüht, die Arbeit des AGSF nach außen hin vom Ruch des Geheimdienstlichen zu befreien: So betonte er beispielsweise Anfang 1953 gegenüber einem Vertreter der erwähnten „Foundation“ namens Connell, von seiten des Amtes werde großer Wert darauf gelegt, daß die ca. 100 in der DDR tätigen Kuriere „ausschließlich solches Material [...] zu beschaffen versuchen, das an den ‚Schwarzen Brettern‘ der einzelnen Hochschulen, in Verordnungsblättern, Studienordnungen und in der örtlichen Presse zu erfahren ist. Diese Informationsübermittlung wäre in einem demokratischen Staate auch niemals als Spionagetätigkeit aufzufassen.“<sup>47</sup> Auf die Frage Connells nach Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz vor eventuellen Verhaftungen sagte Spangenberg, die Arbeit sei bisher so reibungslos verlaufen, daß „bis zum heutigen Tage weder ein Mitarbeiter des AGSF in der Zone noch Besucher des AGSF aus der Zone auf Grund ihrer Verbindung zum AGSF verhaftet oder verurteilt worden“ seien. Es sei daher auch nicht gerechtfertigt, die Informationstätigkeit des Amtes mit den Aktivitäten anderer Organisationen wie etwa der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder des Bundes Deutscher Jugend in Verbindung zu bringen, die ebenfalls von West-Berlin aus in die DDR hinein agierten und dabei auch vor Sabotage und ähnlichen Akten des offenen „Widerstands“ nicht zurückschreckten.<sup>48</sup> Wie auch bei späteren Gelegenheiten wies Spangenberg ausdrücklich darauf hin, daß selbst „die in der sowjetdeutschen Presse häufig geführten Angriffe gegen die sogenannten Agenten- und Spionagezentralen in Westberlin [...] noch nicht ein einziges Mal das AGSF genannt haben“.<sup>49</sup>

### *Warum gerade jetzt?*

Auch von Seiten des VDS wurde wiederholt Wert darauf gelegt, daß das Amt keine „politische Institution“ sei und daß seine Arbeit vorwiegend „karitativen“ Charakter habe.<sup>50</sup> Allerdings wurde insbesondere die Flüchtlingsbetreuung wie erwähnt ab Mitte der fünfziger Jahre zunehmend vom Sozialamt des VDS in Bonn übernommen.<sup>51</sup> Etwa zur selben Zeit verlagerte sich der Arbeitsschwerpunkt des AGSF stärker in Richtung Information und politische Bildungsarbeit. Grundlage hierfür war ein von der 25. ordentlichen Delegiertenkonferenz im Februar 1955 beschlossenes „Aktionsprogramm zur gesamtdeutschen Arbeit des VDS“<sup>52</sup>, mit dem der Verband auch darauf reagierte, daß sich

45 Kündigungsschreiben Evers an Reinhold vom 22. 7. 1952, in B 166/1257.

46 Evers, Carl-Heinz: Zwischen-Fälle. Begebenheiten aus Schule und Politik. Hamburg 1998, S. 162.

47 Aktennotiz über den Besuch Mr. Connells im AGSF am 29. 1. 1953, B 166/1260.

48 Zur KgU, BDJ und ähnlichen Organisationen vgl. Merz, Kai-Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959 (Studien zur Zeitgeschichte 34). München 1987, S. 143–149 sowie Creuzberger: Kampf für die Einheit, S. 141–153.

49 Aktennotiz über den Besuch Mr. Connells im AGSF am 29. 1. 1953, B 166/1260. Vgl. auch Protokoll der 9. VDS-MV 1957, B 166/10, S. 31 f.

50 Etwa Glaszinski S. 54, 71 unter Verweis auf die 4. ordentliche Delegiertenkonferenz 1949.

51 Das Sozialamt hatte insbesondere die Verquickung von Flüchtlingsberatung und gleichzeitiger Gutachterstätigkeit des AGSF im Rahmen des Notaufnahmeverfahrens wiederholt kritisiert und eine striktere Trennung beider Aufgabenbereiche eingefordert. Vgl. Aktennotizen über mehrere Gespräche zwischen VDS-Vorstand, AGSF und Sozialamt zum Verhältnis zwischen beiden Ämtern, B 166/1254.

52 Dokumentiert in Otto S. 108–112. Finanziert wurden diese Berlin-Seminare wie auch die übrige Arbeit des AGSF weitgehend vom BMG.

immer weniger westdeutsche Studenten für die Lage ihrer ostdeutschen Kommilitonen interessierten. Die im Rahmen dieses Programms vom AGSF organisierten und vom Gesamtdeutschen Ministerium finanzierten Berlin-Seminare nahmen mit der Zeit einen solchen Umfang ein, daß sie Ende der fünfziger Jahre auf ein eigens gegründetes VDS-Schulungszentrum, das „Haus der Studentenschaft“ in Berlin-Grünwald, ausgelagert wurden.<sup>53</sup>

Um so erstaunlicher ist es, daß die FDJ-Führung es zu diesem vergleichsweise späten Zeitpunkt auf einmal für geboten hielt, eine Kampagne gegen das inzwischen in „Gesamtdeutsches Referat“ umbenannte AGSF zu starten. Daß der Zeitpunkt indes keineswegs zufällig gewählt war, verrät ein Hinweis im Vorwort der eingangs erwähnten „Dokumentation“ des FDJ-Zentralrates. Dort heißt es, das Heft enthalte „genügend Beweise, um das ‚Gesamtdeutsche Referat‘ zu jenen Agentenorganisationen zu zählen, die die Atmosphäre in der Frontstadt Westberlin vergiften – und die deshalb keinen Platz in einer Freien Stadt Westberlin haben werden“.<sup>54</sup> Hintergrund der Kampagne war also ganz offensichtlich das sogenannte Chruschtschow-Ultimatum vom 27. November 1958, mit dem die Sowjetunion die Westmächte seinerzeit aufforderte, den bisherigen Viermächtestatus Berlins zu beenden und West-Berlin in eine entmilitarisierte „Freie Stadt“ umzuwandeln.<sup>55</sup> Carola Stern zufolge erhielten KGB, MfS und weitere osteuropäische Dienste schon „Monate vor dem Chruschtschow-Ultimatum [...] den Auftrag, für eine beabsichtigte Medienkampagne Material und Zeugen zum ‚Spionagesumpf West-Berlin‘ heranzuschaffen“.<sup>56</sup> Die FDJ-Kampagne gegen das Gesamtdeutsche Referat des VDS gehörte also gewissermaßen zur propagandistischen Begleitmusik des Ultimatums, die den Moskauer und Ost-Berliner Forderungen nach „Entmilitarisierung“ und „Neutralisierung“ West-Berlins Nachdruck verschaffen sollte. Als diese bei den Westalliierten nicht fruchteten, diente sie zwei Jahre später immerhin noch als Rechtfertigung für die Abriegelung der Sektorengrenzen zu West-Berlin am 13. August 1961.

Mit dem Bau der Berliner Mauer änderten sich auch die Arbeitsbedingungen des Gesamtdeutschen Referates grundlegend: Zum einen war die Pflege persönlicher Kontakte in die DDR hinein faktisch unmöglich geworden; zum andern verließen kaum noch Flüchtlinge die DDR über West-Berlin. Diejenigen, die die Bundesrepublik auf anderen, nicht selten lebensgefährlichen Wegen erreichten, wurden fortan direkt vom Sozialamt des Bundesstudentenrings bzw. der später daraus hervorgegangenen Otto-Benecke-Stiftung betreut. Die Tätigkeit des Gesamtdeutschen Referates konzentrierte sich daher weitgehend auf die Sammlung und Auswertung der wenigen nach dem Mauerbau noch verfügbaren Informationen über die Lage in der DDR und wuchs allmählich „immer mehr aus dem Aufgabenbereich des VDS heraus“. Im November 1963 wurde das Referat daher aus dem Verband herausgelöst und in einen rechtlich eigenständigen Verein

53 Die Leitung dieses Seminarzentrums oblag anfangs noch dem Gesamtdeutschen Referat, aus dessen Arbeitsbereich es ja hervorgegangen war, ging später aber in die Verantwortung eines neugeschaffenen VDS-Referates für politische Bildung über. (Korrespondenz Gesamtdt. Referat – VDS-Vorstand zum „Haus der Studentenschaft“, B 166/1263 und 1264.) Nach den Umwälzungen im Zuge der 1968er-Studentenbewegung wurde das „Haus der Studentenschaft“ 1970 in einen vom VDS unabhängigen Verein überführt, der – seit 1995 ohne eigenes Haus – noch heute als freier Bildungsträger besteht und bis heute maßgeblich von ehemaligen VDS-Funktionären geführt wird: <<http://www.hdpb.de/>>.

54 Gesamtdeutsches Referat für Schüler und Studenten, S. 3.

55 Vgl. Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006.

56 Stern, Carola: Doppelleben. Köln 2001, S. 235.

mit dem Namen „Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen“ umgewandelt. Aus Sicht des VDS fand damit eine Entwicklung ihren „konsequenten Abschluß, in deren Verlauf das BGF<sup>57</sup> durch die zuletzt ausschließliche Finanzierung des Gesamtdeutschen Referates einen erheblichen Einfluß auf die Arbeit des Referates gewann. Seit Jahren hat sich der VDS an der Finanzierung des Referates nicht mehr beteiligt. Bei der Übertragung aller Vermögenswerte des Gesamtdeutschen Referates auf den Verein ‚Zentralstelle‘ mußte daher davon ausgegangen werden, daß dem VDS in seinem Gesamtdeutschen Referat außer den Aktenbeständen praktisch nichts gehörte.“<sup>58</sup>

Zu den Aufgaben der Zentralstelle gehörte laut Satzung die empirische Forschung und Informationssammlung auf dem Gebiet des Hochschulwesens der DDR, die Unterrichtung der (westdeutschen) Öffentlichkeit über die Entwicklung des Hochschulwesens in der DDR, unter anderem über die weiterhin im Zweimonatsrhythmus erscheinenden *Hochschul-Informationen*, sowie die Unterstützung und Betreuung von aus politischen Gründen in Not geratenen Hochschulangehörigen, vor allem durch Bücher- und andere Paketsendungen, wofür allein 1963 rund 400.000 DM zur Verfügung standen. Ferner wurden „Studenten und Schülern, die aus der DDR stammten und bei Reisen von West-Berlin nach Westdeutschland aus Gründen der persönlichen Gefährdung den Landweg nicht benutzen konnten, Zuschüsse zu den Flugkosten gegeben“. Auch wurden wie zuvor vom AGSF und Gesamtdeutschen Referat weiterhin Gutachten für Notaufnahmeverfahren sowie zur Anerkennung von DDR-Examina erstellt. Ende 1968 verfügte die Zentralstelle noch über elf Mitarbeiter. Vorschläge der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Wissenschaftsrates zur Gründung eines gemeinsamen wissenschaftlichen „Zentralinstituts für gesamtdeutsche Bildungsarbeit“ bzw. zur Zusammenlegung mit der ebenfalls in Berlin ansässigen „Hauptstelle für Erziehungs- und Bildungswesen“ wurden nicht weiter verfolgt. Zum 1. Juli 1969 wurden schließlich Aufgaben und Mitarbeiter der Zentralstelle – zusammen mit einer Reihe ähnlicher Organisationen wie dem Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen – von der neugegründeten „Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben“ übernommen.<sup>59</sup>

57 Gemeint ist das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, dessen korrekte Abk. jedoch BMG lautete.

58 Ausarbeitung über die institutionelle Verbindung des VDS bzw. seines Vereins Kasse e. V. mit anderen Einrichtungen der Studentenschaft, Vorlage für die 16. VDS-MV 1964 (B 166/45), S. 7.

59 Findbuch zum Bundesarchiv-Bestand B 285, BfgA / Gesamtdeutsches Institut, S. 96 f. Zur Gründung der BfgA vgl. ergänzend Kreuzberger: Kampf für die Einheit, S. 492 ff.